

Nr. 357 | 20.01.2026

Polen-Analysen

Deutsche und Polen – der Blick auf den Nachbarn

■ ANALYSE

Deutsche und Polen – eine Beziehung in Bewegung. Ergebnisse des

Deutsch-Polnischen Barometers 2025

2

Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

■ UMFRAGEN

Die Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen

10

■ CHRONIK

2. Dezember 2025 – 19. Januar 2026

15

Deutsche und Polen – eine Beziehung in Bewegung. Ergebnisse des Deutsch-Polnischen Barometers 2025

Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

DOI: 10.31205/PA.357.01

Zusammenfassung

Ein Rückgang der Sympathie der Polen gegenüber den Deutschen, eine Verschlechterung der polnischen Meinung über die deutsche Europapolitik und gleichzeitig ein Rekordniveau der Akzeptanz der Polen durch die Deutschen in verschiedenen sozialen Rollen – das geht aus den seit 25 Jahren in beiden Ländern durchgeführten regelmäßigen Umfragen »Deutsch-Polnisches Barometer« hervor. Diese Veränderungen sind einerseits überraschend, da besonders deutlich ist, dass sich eine Tendenz umkehrt: Aktuell ist nicht das schlechte oder eher unbestimmte Bild Polens in Deutschland besorgniserregend, sondern das Image Deutschlands und der Deutschen in Polen. Betrachtet man andererseits die Entwicklungen in der polnischen Gesellschaft und untersucht die öffentlichen Diskurse sowie den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten Jahren, waren und sind bestimmte Veränderungen vorhersehbar. Dieser Text fasst die Ergebnisse des Deutsch-Polnischen Barometers 2025 nicht vollständig zusammen – diese werden im ausführlichen Bericht zu den Umfragen dargestellt (siehe »Lesetipp«). Vielmehr werden hier ausgewählte Aspekte betrachtet, wobei es vor allem um die Frage geht, was aktuell die deutsch-polnische gegenseitige Wahrnehmung – insbesondere auf polnischer Seite – beeinflusst und wie man sie positiv gestalten kann.

Sympathie auf dem Tiefstand

Das »Deutsch-Polnische Barometer« ist ein Projekt, das seit dem Jahr 2000 regelmäßig die Meinungen von Polen und Deutschen über die gegenseitige Wahrnehmung, die deutsch-polnischen Beziehungen sowie deren aktuelle Herausforderungen erhebt und analysiert. Das Projekt ist eine Kooperation des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) in Warschau, des Deutschen Polen-Instituts, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit. Von Beginn an war die Frage nach dem Grad der Sympathie für die jeweils andere Gesellschaft ein Teil der Barometer-Umfragen. Die Antworten auf diese Frage ermöglichen es, die Atmosphäre zwischen den Deutschen und den Polen als Nachbarn zu erfassen (siehe Rubrik »Umfragen«).

Derzeit zeigt nur ein Drittel (32 Prozent) der befragten Polen Sympathie für die Deutschen. Nachdem die Sympathiewerte für den westlichen Nachbarn jahrelang angestiegen waren, hat sich die Stimmung nun schlagartig verschlechtert. Höhere Werte wurden selbst zu Beginn der Untersuchungen zur gegenseitigen deutsch-polnischen Wahrnehmung im Jahr 2000 verzeichnet, also in einer Zeit, als sich Polen und Deutschland vor dem EU-Beitritt Polens noch aneinander anäherten und gegenseitig kennenlernten. Einen vergleichbaren Rückgang der Sympathiewerte gab es lediglich im Jahr 2008. Dass jeder vierte der befragten Polen 2025 seine Abneigung gegenüber den Deutschen äußert, bedeutet

wiederum den höchsten Wert seit 2000, also seit dem Anfang unserer Umfrage.

Auf deutscher Seite geben 42 Prozent der Befragten an, Sympathie für die Gesellschaft des Nachbarlandes zu hegen. Damit ist der Wert aus dem Jahr 2022 gleichgeblieben. Nach Jahren niedriger Sympathiewerte für Polen in der deutschen Gesellschaft und einem unerwarteten, schwer zu erklärenden radikalen Sprung im Jahr 2020 auf einen Wert von 55 Prozent scheint sich die Einstellung der Deutschen gegenüber den Polen auf dem derzeitigen Niveau stabilisiert zu haben. Gleichzeitig ist der Prozentsatz derjenigen, die Antipathie bekunden, deutlich auf gerade einmal neun Prozent gesunken.

Während die Frage nach der Sympathie für die Nachbargesellschaft auf Gefühle gegenüber einer bestimmten Gruppe zielt, das heißt einem unspezifischen Ganzen, das sich auch leicht in Beschreibungen und Bewertungen verallgemeinern lässt (»die Deutschen haben dieses und jenes getan«, »die Polen sind so und so«), spiegelt sich die Einstellung gegenüber ihren konkreten Vertretern in den Antworten auf die Frage nach deren Akzeptanz in ganz bestimmten, jedem im Alltag vertrauten Rollen (Chef, Schwiegersohn, Nachbar, Freund) wider. In der Regel ist der Grad dieser Akzeptanz höher als der Grad der Sympathie für die Gesellschaft als Ganzes.

Dieser Umstand zeigt sich erneut in den Ergebnissen der aktuellen Ausgabe des Deutsch-Polnischen Barometers. Polen und Deutsche akzeptieren Vertreter der jeweils anderen Gesellschaft in allen untersuchten sozialen Rol-

len. Dabei sind gleichwohl einige Trends deutlich erkennbar (siehe Rubrik »Umfragen«).

Die Deutschen zeigen eine deutlich höhere Akzeptanz gegenüber den Polen als die Polen gegenüber den Deutschen. Während die Akzeptanzwerte auf polnischer Seite höchstens drei Viertel der Befragten betragen, sind es auf deutscher Seite bis zu 90 Prozent. Derart große Unterschiede sind seit vielen Jahren nicht mehr gemessen worden. Traditionell genießen Deutsche auf polnischer Seite die höchste Akzeptanz in eher unverbindlichen Rollen (Kollege, Nachbar, Bewohner), weniger indessen in solchen, die mit dem privaten Bereich zu tun haben (Schwiegersohn/Schwiegertochter) oder ein Abhängigkeitsverhältnis suggerieren (Firmenchef, Ratsmitglied).

Einen Deutschen in jeder gesellschaftlichen Rolle akzeptieren 38 Prozent der Polen. Gleichzeitig erklären nur vier Prozent eine durchgängig fehlende Akzeptanz. Auf deutscher Seite wird die vollständige Akzeptanz fast doppelt so häufig (71 Prozent) angegeben, eine durchgängig fehlende Akzeptanz von nur einem Prozent.

Stand der deutsch-polnischen Beziehungen

Eine weitere Standardfrage des Deutsch-Polnischen Barometers, die in jeder Ausgabe gestellt wird, ist die Frage nach dem Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen. Im Jahr 2025 bewerten Deutsche und Polen den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen sehr ähnlich (siehe Rubrik »Umfragen«). Jeweils etwa die Hälfte der Polen (51 Prozent) und der Deutschen (49 Prozent) halten sie für gut, ein Viertel für schlecht (26 Prozent bzw. 25 Prozent).

Auch die Tendenzen im Vergleich zur Umfrage von 2022 sind auf beiden Seiten der Grenze ganz ähnlich: ein Rückgang der positiven Bewertungen von zwei Dritteln auf die Hälfte der Befragten und ein mäßiger Anstieg der negativen Bewertungen. Dieser Wandel ist höchstwahrscheinlich auf das Fehlen von Initiativen in den deutsch-polnischen Beziehungen, die negative Rhetorik des rechten Spektrums der polnischen politischen Landschaft und die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern zurückzuführen, insbesondere in der Migrationspolitik, wobei die Einführung zweiseitiger Kontrollen an der gemeinsamen Grenze besonders zu Buche geschlagen sein dürfte. Andererseits gibt es auch Gründe dafür, dass sich die Hälfte der Befragten immer noch positiv über den Stand der Beziehungen äußert. Hier sind zu nennen die Zusammenarbeit im derzeit wichtigen Bereich der Sicherheit (insbesondere die Stationierung des deutschen Patriot-Systems zur Luftabwehr in Polen), die sich fortlaufend weiterentwickelnde wirtschaftliche und kommunale Zusammenarbeit, aber auch das allgemeine Fehlen von Span-

nungen oder Streitigkeiten, wie sie in den letzten Jahren vor 2024 überwogen.

Die Untersuchungen im Rahmen des Deutsch-Polnischen Barometers zeigen gleichzeitig seit Jahren, dass in den gegenseitigen Beziehungen der Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit Anlass zu Dissens ist. Die stets wiederkehrende Frage, ob sich die Beziehungen eher auf gegenwärtige und zukünftige Themen konzentrieren sollten, anstatt zunächst historische Fragen zu klären, zeitigt in diesem Jahr Ergebnisse, die auf eine sehr unterschiedliche Sichtweise in beiden Ländern hinweisen (siehe Rubrik »Umfragen«). Während die große Mehrheit der Deutschen der Meinung ist, dass aktuelle und künftige Themen im Mittelpunkt der deutsch-polnischen Beziehungen stehen sollten (70 Prozent), wird diese Ansicht von weniger als jedem zweiten Befragten in Polen geteilt (48 Prozent). Entsprechend verweisen doppelt so viele Polen (34 Prozent) wie Deutsche (16 Prozent) auf den Vorrang der Aufarbeitung der Vergangenheit. Es zeigt sich also, dass immer weniger Polen Gegenwarts- und Zukunftsfragen als prioritätär in ihren Beziehungen zu Deutschland betrachten. Gleichwohl ist dieser Prozentsatz immer noch deutlich höher als der Prozentsatz derer, die angeben, dass zuerst die vergangenheitsbezogenen Probleme gelöst werden müssen, bevor man über andere Bereiche nachdenken kann. Dieser Anteil bleibt (wiederum mit der Ausnahme des Jahres 2021) mit einem Drittel der Befragten stabil. Klar erkennbar ist hier, dass eine Strömung der öffentlichen Debatte in Polen hier besondere Folgen hat, nämlich jene, die fortwährend eine Rückkehr zu Vergangenheitsthemen in den Beziehungen zu Deutschland forciert. So liegt der Schluss nahe, dass es nicht aus der Gesellschaft stammende Impulse sind, die das Handeln der Politiker beeinflussen, sondern gerade umgekehrt die Narrative eines Teils der Politiker sowie »public intellectuals«, Historiker, erinnerungskulturelle Akteure, Journalisten, Influencer, einen Wandel der öffentlichen Meinung herbeiführen. Denn der schwindenden Überzeugung, dass die Gegenwart und die Zukunft im Umgang mit Deutschland maßgeblich sind, gingen offensichtlich die Parolen der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość PiS) in Sachen Reparationsforderungen voraus.

Sinkende Anerkennung für das deutsche Handeln auf europäischer Ebene

Seit der Zeit, als Polen der Europäischen Union beitrat, betrachtete die große Mehrheit der polnischen Öffentlichkeit Deutschland als ein Land, das sich für die europäische Zusammenarbeit einsetzte; der Anteil der Kritiker der deutschen Rolle in Europa war relativ gering (2005 – 16 Prozent), zumindest im Vergleich zum Anteil derjenigen, die die Politik Berlins positiv bewerteten (62 Prozent). Diese hohe Bewertung bekam zwischen

2010 und 2012 einen ersten Knick (58 Prozent), als Deutschland für sein Verhalten in der Eurokrise und insbesondere für seinen Umgang mit der griechischen Schuldenkrise kritisiert wurde. Danach erholtete sich der Wert zwar noch einmal, doch nach 2015 zeigten die Messungen einen kontinuierlichen Rückgang des Prozentsatzes positiver Meinungen und eine ebenso stabile Zunahme der negativen Bewertungen. Die polnische Öffentlichkeit war in ihrer Bewertung der deutschen Flüchtlingspolitik gespalten und stand der russlandfreundlichen Politik, die durch den Bau des zweiten Strangs der Nord-Stream-Pipeline symbolisiert wurde, äußerst kritisch gegenüber, zumal nach der illegalen Annexion der Krim durch Russland und der Entfesselung militärischer Auseinandersetzungen in der Ostukraine durch Moskau im Jahr 2014. Begleitet wurde dies von der stark antideutschen Rhetorik der ab 2015 regierenden rechtspopulistischen PiS.

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde die polnische Kritik an der deutschen Außenpolitik noch lauter und kam aus allen politischen Lagern, am stärksten freilich von der Rechten. Der Machtwechsel in Polen im Dezember 2023 änderte an dieser Haltung gegenüber der deutschen Politik wenig, denn auch die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk wahrte eine kritische Distanz zur Berliner Politik. Infolgedessen ist die Zahl der positiven Bewertungen im Jahr 2025 erneut zurückgegangen (auf 35 Prozent), womit sie sich dem Prozentsatz der negativen Bewertungen angenähert hat (32 Prozent). Dies ist das schlechteste Ergebnis, seit wir diese Frage in der Umfrage stellen, also seit 2005.

Auch auf deutscher Seite ist in diesem Jahr ein Rückgang der positiven (33 Prozent) und ein Anstieg der negativen (31 Prozent) Bewertungen der Europapolitik des Nachbarlandes zu verzeichnen (siehe Rubrik »Umfragen«). Nach einem sprunghaften Anstieg der positiven Bewertungen zwischen 2022 (28 Prozent) und 2024 (40 Prozent), der sehr wahrscheinlich mit dem Sieg der proeuropäischen Koalitionsparteien im Oktober 2023 zusammenhängt, ist aktuell eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten, das heißt ein Rückgang der positiven Bewertungen und, noch deutlicher, ein Anstieg der negativen Bewertungen. 2025 ist in der Umfrage etwa ein Drittel der Befragten der Meinung, dass Polen zur Verschärfung von Streitigkeiten und Spannungen in Europa beiträgt, während ein nur wenig höherer Anteil der Befragten der Aussage zustimmt, dass Polen ein Land ist, das sich für eine stärkere europäische Zusammenarbeit einsetzt.

Was beeinflusst die Meinungen?

Der Mehrwert des Deutsch-Polnischen Barometers liegt nicht nur darin, dass die Befragung bereits seit 25 Jah-

ren durchgeführt wird, was es erlaubt, die Entwicklungsdimensionen im Zeitraum von einem Vierteljahrhundert zu analysieren. Er besteht ebenso darin, dass in der Untersuchung immer auch die demografisch-gesellschaftlichen Charakteristika der Befragten und weitere spezifische Merkmale berücksichtigt werden. Das ermöglicht es, die erhobenen Daten besser zu verstehen.

Auf der polnischen Seite haben das Geschlecht, das Alter, der Wohnort (Stadt – Land), die Region (die Woiwodschaft, hier auch die grenznahen Woiwodschaften) oder der Bildungsgrad selten oder nahezu nie Einfluss auf die Antworten. Was allerdings immer ein Unterscheidungsmerkmal ist, sind die Parteidräferenzen der Befragten. Personen, die hier Parteien des rechten (rechtsnationalen, nationalpopulistischen) politischen Spektrums angeben, sind häufiger kritischer gegenüber Deutschland, seinen Einwohnern und seiner Politik als die Wähler der aktuellen Regierungskoalition. Diese Tendenz ist auch erkennbar, wenn man die Antworten mit Blick auf die von den Befragten genutzten Fernsehsender analysiert (das gilt in hohem Maße auch für die gelesenen Zeitungen und Zeitschriften): Wer in erster Linie TV Republika oder TV Trwam schaut, äußert häufiger Abneigung den Deutschen gegenüber oder Skepsis gegenüber der deutschen Politik als diejenigen, die TVP, TVN oder Polsat schauen.

Ein Beispiel: Anhänger der Partei Recht und Gerechtigkeit (48 Prozent), der Konföderation (Konfederacja: 41 Prozent) sowie der Konföderation der Krone Polens (Konfederacja Korony Polskiej: 36 Prozent) unterscheiden sich in ihrer Abneigung gegenüber den Deutschen deutlich von den Wählern der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO: sieben Prozent), der Neuen Linken (Nowa Lewica: neun Prozent), der Partei Gemeinsam (Razem: 16 Prozent), Polen 2050 (Polska 2025: fünf Prozent) oder der Polnischen Volkspartei (Polskie Strońictwo Ludowe – PSL: neun Prozent). Zudem gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Abneigung gegenüber den Deutschen und dem Medienkonsum der Befragten. Eine Abneigung zeigt jeder zweite Zuschauer von TV Republika, TV Trwam und wPolsce24 (49 Prozent), jeder vierte Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Sender (24 Prozent) und von Polsat (25 Prozent) sowie lediglich 16 Prozent der Zuschauer von TVN.

Sehr relevant für deutliche Unterschiede sind die Parteidräferenzen auch im Fall der Akzeptanzfrage. Die Wähler der Bürgerkoalition zeigen in allen Fällen eine größere Zustimmung zu Deutschen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen als die Wähler von Recht und Gerechtigkeit und der Konföderation, wobei die Unterschiede mehr als zwanzig Prozentpunkte erreichen.

Auch der Besuch des Nachbarlandes nach 1990 hat Schlüsselbedeutung dafür, wie die Antworten ausfallen. Polen, die mindestens einmal in Deutschland

waren, haben eine bessere Meinung über den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen und die deutsche Politik und zeigen auch eine geringere Distanz gegenüber den Deutschen. Dieses Ergebnis ist neu in den Untersuchungen des Deutsch-Polnischen Barometers; eine solche Korrelation war in den vergangenen Jahren nicht festzustellen. Daraus lässt sich die These ableiten, dass die Befragten, die eigene Erfahrungen gemacht haben, resilenter gegenüber medial verbreiteten negativen Botschaften sind. Um ein paar Beispiele zu nennen: Bei Personen, die mindestens einmal im Nachbarland waren, ist Sympathie verhältnismäßig häufiger anzutreffen (38 Prozent) als bei Polen, die noch nie dort waren (25 Prozent). Polen, die das Nachbarland bereits besucht haben, erklären mit größerer Wahrscheinlichkeit als diejenigen, die nie in Deutschland waren, dass sie einen Deutschen in einer bestimmten gesellschaftlichen Rolle in allen genannten Fällen (mit Ausnahme des Ratsmitglieds) akzeptieren (die Unterschiede liegen zwischen zehn und 14 Prozentpunkten).

Zusammengefasst: Die viele Jahre bestehende Tendenz, nach der junge Polen prowestlich und offen gegenüber Deutschland eingestellt sind, weil sie in ihm den »Westen« und das »Europäertum« sahen, während sich die älteren Generationen eher an die schwierige gemeinsame Geschichte erinnern, gilt nicht mehr. Was trennt, sind die Parteipräferenzen und die Informationsquellen über Politik sowie die eigenen unmittelbaren Erfahrungen des Befragten.

Auf der deutschen Seite stellt sich die Situation anders dar. Die politischen Präferenzen und die Quellen, aus denen das Wissen über Politik stammt, spielen fast gar keine Rolle bei den unterschiedlichen Meinungen. Auch die demografisch-gesellschaftlichen Charakteristika sind nicht entscheidend. Ähnlich wie auf polnischer Seite besteht eine Abhängigkeit zwischen den Einstellungen und den Aufenthalten in Polen. Personen, die Polen nach 1989 mindestens einmal besucht haben, haben eine bessere Meinung über das Land und seine Einwohner. Da die Bewohner der ehemaligen DDR öfter als die Westdeutschen angeben, schon in Polen gewesen zu sein, ergibt sich daraus eine weitere Korrelation (die in Deutschland ebenfalls seit Jahren sichtbar ist): Die Ostdeutschen haben eine positivere Einstellung zu Polen und seinen Einwohnern als andere Befragte aus Deutschland, weil sie sie besser kennen.

Warum ist es so schlecht geworden?

Aus den angeführten Ergebnissen folgt die Frage, woher auf der polnischen Seite die deutliche Verschlechterung der Meinungen über die deutsche Gesellschaft und Politik kommt. Der Einfluss der politischen Lager ist offenkundig ein wichtiger Faktor. Die Jahre antideutscher Rhetorik, die in den Medien und von führenden Politici-

kern verbreitet wurde, Kampagnen, die historische deutsche Verbrechen in Polen in Erinnerung riefen und auch aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden, haben den Ansichten der Polen deutlich ihren Stempel aufgedrückt. Die Veränderungen traten nicht radikal und abrupt ein, sondern vollzogen sich nach dem Motto »steter Tropfen höhlt den Stein« über Jahre hinweg. Die Ergebnisse des Barometers legen also nahe: Es sind die von einem Teil der Politiker und ihrer Umgebung (Medien, Experten) gegenüber den Deutschen getätigten negativen Aussagen und Handlungen, die zu Veränderungen in der öffentlichen Meinung geführt haben, und es hat nicht, wie es manche Politiker gern darstellen, ein bei den Polen bestehendes Bedürfnis die politischen Akteure dazu gebracht hat, solche Aussagen und Maßnahmen zu treffen. Gleichzeitig ist hier auch die Tatsache des generellen Rechtsrucks der polnischen Gesellschaft wie auch eine größere Distanz zu anderen Nationen von Bedeutung.

Es wäre allerdings zu einfach, einem politischen Lager und dessen Rhetorik die gesamte Verantwortung zuzuschreiben, zumal die antideutsche Rhetorik in Polen auf keinen großen Widerstand in der politischen Mitte und im linken Spektrum stieß. Sie traf eher auf Schweigen und allenfalls in kleinen Expertenkreisen auf Besorgnis. Es kam weder zu größeren deutsch-polnischen Initiativen noch zu im Alltag sichtbaren Maßnahmen der Zusammenarbeit. Das änderte sich auch seit 2023 nicht, als die von Donald Tusk angeführte Koalition die Regierungsverantwortung übernahm. Der Ministerpräsident selbst umgeht »deutsche« Themen und vermeidet es, sich in Deutschland zu zeigen sowie Dinge zu unternehmen, die die Opposition in ihrer Rhetorik als Beweis für seine »Unterwürfigkeit gegenüber Deutschland« deuten könnte. Und da Beispiele Schule machen, ziehen es auch weitere Regierungsmitglieder und -beamte vor, sich in diesem Kontext nicht für die Intensivierung der Kontakte zu Deutschland zu engagieren. Seit Jahren gibt es in Polen keinen Politiker, der sich klar für die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Deutschland ausspricht und seinen Worten Taten folgen lassen würde. Umso positiver ist die Aussage Donald Tusks auf der Pressekonferenz zu Anfang der 17. Deutsch-Polnischen Regierungskonsultationen (Dezember 2025) zu bewerten, als er sich für eine Stärkung der Zusammenarbeit aussprach. Es bleibt zu hoffen, dass diesen Worten auch Taten folgen und die während der Konsultationen geplanten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt und ihre Auswirkungen breit in die Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Die Verantwortung liegt aber auch auf der deutschen Seite. Es lassen sich kaum Belege dafür finden, dass die sowohl von der Regierung von Olaf Scholz als auch unter Friedrich Merz gemachten Ankündigungen einer vertieften Zusammenarbeit realisiert wurden – wenn-

gleich hier natürlich auch eine positive Reaktion von polnischer Seite notwendig gewesen wäre und diese wie gesagt fehlte. Das Hauptproblem ist, den Untersuchungen des Deutsch-Polnischen Barometers 2025 zufolge, dass konkrete Schritte beim Thema Wiedergutmachung im Zusammenhang mit der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkrieges fehlen (siehe Rubrik »Umfragen«). Die polnischen, vom rechten politischen Lager in Gang gesetzten Erwartungen, die sich auf die in einem Bericht von Arkadiusz Mularczyk und seiner Arbeitsgruppe genannten Reparationssumme stützen, stoßen auf deutsche Tatentlosigkeit. Hinzu kommt, dass die Kommunikation dieses Themas auf beiden Seiten typisch polnische bzw. deutsche Eigenschaften aufweist. Die emotionale Kommunikation der Polen und ihre Erwartung, dass die deutsche Seite Empathie zeigt, weil jene weiterhin das Gefühl eines zugefügten und nicht abgegoltenen Unrechts haben, kollidiert mit den pragmatischen Erklärungen der Deutschen (offizieller Art als auch von Einzelpersonen), dass die Frage der Reparationen abgeschlossen sei, das Geld dafür fehle, so viel Zeit bereits vergangen und man für die Taten der Vorfahren nicht verantwortlich sei. Offensichtlich bleibt das in der polnischen öffentlichen Meinung nicht folgenlos.

Hier ergibt sich die Frage, ob das Gefühl des von den Deutschen verübten Unrechts durch die Rhetorik des rechten politischen Spektrums »aufgebaut« wurde (zumal es über Jahre hinweg nicht so deutlich zutage getreten war), oder ob es vielmehr wirklich so stark war, dass diese Rhetorik ihm leicht zum Ausbruch verholfen hat. Es scheint, als schließe das eine das andere nicht aus. Es ist daher berechtigt zu fragen, warum das polnische Leid erst mehrere Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg so vehement herausgestellt wird und warum dies nicht bereits die Großväter und Väter gemacht haben. Eine Antwort könnte sein, dass sich die vorangegangenen Generationen auf den Kampf um ihre Existenz in der Nachkriegszeit, dann im kommunistischen System und schließlich im sich neu erfindenden demokratischen Polen konzentrierten. Wichtig war der Blick in die Zukunft, der ihnen Hoffnung und Motivation gab. Westdeutschland war in der Volksrepublik Polen zunächst der von der Propaganda ausgemachte Feind, mit dem man keinen Dialog führte, und später war das vereinte Deutschland ein wichtiger Unterstützer der polnischen Transformation. Hier konzentrierte man sich abermals auf die Gegenwart und Zukunftspläne. Heute führen die Zeitumstände und die Entwicklung des Lebensstandards (zumindest eines Teils) der Polen dazu, dass diese kritischer auf die Vergangenheit blicken. Wachsendes Selbstbewusstsein und zunehmendes Selbstwertgefühl ermöglichen es ihnen auch, Erwartungen klar zu formulieren. Für sozioökonomisch benachteiligte Gruppen in Polen mag die Suche nach einem

Feind und Verantwortlichen für die schwächere Entwicklung des Landes eine einfache Lösung zur Verbesserung ihres Selbstbildes sein; schließlich profitieren nicht alle Polen gleichermaßen von der gegenwärtigen Entwicklung. Von Bedeutung ist auch die Entwicklung und Rolle der sozialen Medien – es sind Plattformen für emotionale Entlastung (und oft sind sie ein Ventil für individuelle Frustrationen) und vollkommen unkontrollierte Meinungsäußerungen, barrierefrei zugänglich für jeden. Die Untersuchungen des Barometers 2025 zeigen, dass sich Personen, die ihr Wissen über Deutschland aus den sozialen Medien schöpfen, kritischer über das Land äußern.

Solche Stimmen rufen in Deutschland den Vorwurf der Undankbarkeit hervor. Man erinnert daran, was Deutschland als Land für Polen gemacht habe, aber auch an konkrete Menschen, die zum Beispiel in der Zeit des Kriegsrechts (1981–83) Pakete geschickt haben. Erinnert wird auch daran, dass Polen in den 1990er Jahren durch das Engagement zahlreicher Organisationen und Stiftungen im Bereich des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder politischen Austauschs auf seinem Weg in die Europäische Union unterstützt wurde. Damals war oft das Argument bemüht worden, dass Deutschland angesichts der deutsch-polnischen Vergangenheit zu einer solchen Unterstützung verpflichtet sei. Mit Blick auf die aktuelle Situation herrscht in Deutschland wiederum Unverständnis, dass die Polen es nicht wertschätzen, wie sehr die europäischen Geldtöpfe die Entwicklung des Landes ermöglichen und dass Deutschland als größter Nettozahler des EU-Haushaltes *de facto* die Modernisierung Polens mitfinanziert.

Die Perspektive eines Teils der polnischen öffentlichen Meinung ist zurzeit jedoch eine andere. Die Frage nach Wiedergutmachung für Schäden und Verluste infolge des Krieges sowie jene nach dem deutschen Anteil an der Entwicklung Polens sind im polnischen Diskurs voneinander getrennt und Verbindungen werden hier selten hergestellt. Die Polen meinen, dass die deutsche Unterstützung für die wirtschaftliche Transformation und Strukturreformen in Polen sowie für den Beitritt zur EU und zur NATO im direkten Interesse Deutschlands gelegen habe, sowohl in wirtschaftlicher als auch politischer Hinsicht (da sich die Grenzen der EU und der NATO von Deutschland nach Osten verschoben haben). Die Bilanz auf beiden Seiten der Grenze ist mit Sicherheit positiv, jedoch ihre Kontextualisierung in der Regel subjektiv, da hier viele Lebensbereiche betroffen sind.

Wichtig ist auch der Entwicklungssprung, den Polen gemacht hat. Das Ungleichgewicht in den deutsch-polnischen Beziehungen hat sich deutlich reduziert. Die geringer werdenden Unterschiede bewirken, dass Deutschland für die Polen nicht mehr das Land der

unerfüllbaren Träume, des Wohlstands und der Stabilität ist, umso mehr als in direkten Kontakten sichtbar wird, dass in Deutschland nicht alles so läuft, wie es sollte, und dass der Lebensstandard in Polen häufig gar nicht schlechter ist. Man kann also sagen, dass das Bild von Deutschland realistischer geworden ist, jedenfalls ist es nicht mehr so verklärt (über das Image von Deutschland ausführlicher im Deutsch-Polnischen Barometer 2024). Das hat zur Folge, dass es den Polen leichter fällt, Deutschland zu kritisieren, sowohl objektiv in Bezug auf negative Veränderungen und Tendenzen als auch durch den Einsatz negativer Rhetorik.

Die Polen ihrerseits sind in den letzten Jahren sehr viel selbstbewusster geworden, sie glaubten an ihre Möglichkeiten und haben immer weniger Komplexe gegenüber Deutschland und den Deutschen, wobei sie auch eine partnerschaftliche Behandlung erwarten. Deutschland ist für die Polen nicht mehr ein Vorbild, ein Bezugs punkt, der angestrebt werden muss, denn in manchen Bereichen ist das Entwicklungsniveau in Polen mittlerweile höher. Das »I-Tüpfelchen« war das Jahr 2022, als sich die Polen nach der russischen Vollinvasion in die Ukraine darin bestätigt sahen, dass die eigene Haltung und nicht die deutsche Einstellung zum Vorgehen Russlands sowie zur Energie- und Sicherheitspolitik richtig gewesen waren. Umso weniger wollen sie sich gegenwärtig von den Deutschen belehren lassen. Unterdessen bereitet es beiden Seiten manchmal Probleme, aus der langjährig praktizierten Lehrer-Schüler-Beziehung, in der Aufgaben und Möglichkeiten klar verteilt waren, herauszutreten. So wie sich ein Lehrer daran gewöhnen muss, dass der Schüler eine andere Meinung und auch Rechte haben kann, muss der Schüler, der Gleichbehandlung einfordert, seine kindische, oftmals auf Komplexen basierende Haltung ablegen. Und obwohl wir schon viel gemeinsam erreicht haben, gibt es im Bereich der Politik immer noch Beispiele für dieses lang eing eübte Verhalten und/oder Beispiele für die Deutung der Kommunikation der anderen Seite entsprechend dem einst funktionierenden Schema.

Einer der Bereiche, in denen es den Deutschen immer noch schwer fällt, die polnische Perspektive anzuerkennen, ist die Bewertung Russlands und der Vereinigten Staaten. In Polen war, ist und bleibt Russland mit Wladimir Putin eindeutig ein Feind und eine potentielle Gefahr für die polnische Sicherheit. Die Angriffe auf Georgien (2008) und die Ukraine sowie das Eindringen russischer Drohnen in den polnischen Luftraum, Angriffe auf die Bahninfrastruktur und Cyberattacken in Polen bestätigen diese ohnehin feste Überzeugung noch weiter. In Deutschland, wo man die russische Bedrohung natürlich auch klar erkennt, betont man gleichzeitig auch die Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit, die von der US-Administration Donald Trumps

ausgehen. Und obwohl Trumps Vorgehen auch in Polen von immer breiteren Kreisen als fragwürdig und sogar schädlich angesehen wird, bleiben die USA der Wunschpartner, zwar ein zunehmend unsicherer, aber weiter der einzige, der in der Lage ist, die Sicherheit Europas und auch Polens zu garantieren. Viel stärker beunruhigt die Polen die Möglichkeit, dass Deutschland zur Politik des »business as usual« gegenüber Russland zurückkehren könnte. Meinungen deutscher Experten, Politiker und Diplomaten, die dies verneinen, werden in Polen stets in Zweifel gezogen, sobald sich in Deutschland jemand prorussisch äußert. Dann wird diese Meinung, und kommt sie auch von einem weniger bekannten Politiker oder Unternehmer, in Polen weit verbreitet. Das wiederum stört das Vertrauen zwischen Polen und Deutschen erneut.

Kann es sich ändern und was kann man tun?

Die Veränderungen der polnischen Einstellungen gegenüber Deutschland und den Deutschen haben – so zeigen es die Untersuchungen des Deutsch-Polnischen Barometers der letzten Jahre – ihre Gründe und es wird schwer werden, ihnen entgegenzuwirken. Bekanntermaßen ist es einfacher, etwas zu beschädigen, als es später zu reparieren und wieder aufzubauen. Mit Sicherheit wird es nicht die Lösung sein, allein auf werbende, Öffentlichkeit heischende Maßnahmen zu setzen. Zuallererst sollten Politiker beider Seiten konkrete deutsch-polnische Initiativen starten sowie den Wert der beiderseitigen Beziehungen unterstreichen und die Aufmerksamkeit auf ihre konkreten Effekte lenken.

Zudem sollten sich beide Seiten bemühen, das Abhängigkeitsverhältnis von Lehrer und Schüler hinter sich zu lassen. In Deutschland würde das bedeuten anzuerkennen, dass die polnische Sicht nicht nur anders als die deutsche sein darf, sondern die polnische Perspektive auch richtig sein kann, weshalb es sinnvoll sein könnte, sich ihr anzuschließen. Gleichzeitig sollte das Wissen über Polen vertieft werden, denn viele Fehler wurden aus Unkenntnis gemacht.

In Polen sollte davon Abstand genommen werden, manche Worte und Gesten in Deutschland als gegen Polen gerichtet zu interpretieren, denn oftmals ist eine solche Deutung nicht zutreffend, zumal das Thema Polen häufig nicht in den deutschen Diskursen und Entscheidungsforen präsent ist – im Gegensatz zum Thema Deutschland in Polen.

Auf deutscher Seite ist es wichtig zu verstehen, dass historische Themen des Zweiten Weltkrieges in Zusammenhang mit Wiedergutmachung im polnischen Mainstream angekommen sind und Aktivitäten auf diesem Feld nicht nur vom rechten politischen Lager in Polen erwartet werden. Eine »humanitäre Geste« gegenüber

den noch lebenden 50.000 polnischen Opfern des Nationalsozialismus wäre hier sowohl in symbolischer als auch praktischer Hinsicht (in Anbetracht des Alters der Betroffenen) ein dringender Schritt. Allerdings treffen hier wieder die unterschiedlichen Sichtweisen der beiden Gesellschaften aufeinander. Die Polen verstehen nicht, dass Deutschland, das viele Milliarden Euro aus den öffentlichen Haushalten für verschiedene Aufgabenbereiche einplant, sich nicht dazu durchringen kann, den polnischen Opfern eine gewisse Summe auszuzahlen. Gleichzeitig verzerren die vom polnischen rechten Spektrum eröffneten Diskussionen über Reparationen das Bild, um was für Zahlungen es geht. Die Deutschen fragen daher berechtigterweise, ob die Entschädigungen nicht schon stattgefunden haben. Folglich sollte erklärt werden, dass die betreffenden Personen in den vergangenen Jahrzehnten (zuletzt vor 20 Jahren) tatsächlich Mittel aus verschiedenen deutschen und österreichischen Quellen erhalten haben. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands leistete die Bundesrepublik Anfang der 1990er Jahre *ex gratia* individuelle Zahlungen an ehemalige NS-Opfer u. a. aus Polen mit Hilfe der eigens gegründeten Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung. 600.000 Personen erhielten insgesamt 500 Millionen DM. Weitere individuelle finanzielle Unterstützung wurde im Jahr 2000 veranlasst. Dabei gewährte man den noch lebenden polnischen NS-Opfern insgesamt 1,812 Milliarden DM (vgl. und mehr dazu: Barcz; Ruchniewicz, S. 61, siehe »Lesetipp«). Von ihnen leben heute noch ca. 50.000 Personen. Nach Erhalt der erwähnten Zahlungen haben die Betroffenen auf die Geltendmachung künftiger Entschädigungsansprüche verzichtet und signalisieren auch heute keinen Rechtsanspruch auf weitere Entschädigungen. Heute handelt es sich nicht um Entschädigungen (das wird oft falsch so bezeichnet), sondern um eine »humanitäre Geste«, die als Unterstützung für die letzten Lebensjahre der noch lebenden Opfer gelten soll. Die vom damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz während der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen 2024 vorgeschlagene Summe belief sich auf 200 Millionen Euro, was damals eine Einmalzahlung von ca. 3.300 Euro pro Person bedeutet hätte. Zurzeit sind die Summen, über die gesprochen wird, nicht bekannt, wobei eine angemessene Lösung eher zu sein scheint, eine monatliche, lebenslange Unterstützung zu zahlen, die für die betreffenden Personen aufgrund ihrer Regelmäßigkeit und Planbarkeit eine zuverlässige Unterstützung wäre.

Die vom Bundestag im Dezember 2025 beschlossene Errichtung eines Denkmals für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges in Berlin sollte möglichst reibungslos vonstattengehen und dem Willen des Parlaments

entsprechend polnische Experten einbeziehen. Auch sollte die Idee, ein Deutsch-Polnisches Haus in Berlin zu errichten, nicht verschoben werden, denn die Ergebnisse des Deutsch-Polnischen Barometers zeigen eindrücklich, dass eine solche Einrichtung, die in Deutschland über Polen informieren und als Ort der Begegnung dienen soll, notwendig ist. Mit Sicherheit ist es auch wichtig, die Rückgabe historischer Kulturgüter an Polen fortzusetzen. Die Übergabe eines Teils von ihnen im Rahmen der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen in Berlin im Dezember 2025 ist ein guter Neuanfang nach einer langen Pause.

Hier drängt sich die Frage auf, ob die deutschen Schritte imstande sind, die Polen zufrieden zu stellen. Der Hintergrund sind berechtigte Vermutungen, dass das Polen-Denkmal auch auf Kritik stoßen wird, oder dass Zahlungen und Kulturgüter-Rückführungen, egal wie hoch und wie groß sie sind, von bestimmten Kreisen in Polen immer als zu gering erachtet werden. Allerdings sollte man diesen Befürchtungen nicht erliegen, denn im Wesentlichen geht es hier um die Anerkennung des polnischen Leids und nicht um Zahlen. Natürlich werden manche Gruppen nicht zufrieden sein und versuchen, Deutschland weiter anzugreifen und zu diskreditieren. Ein bedeutender Teil der polnischen Gesellschaft erwartet aber weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit mit Deutschland und versteht das Ausmaß der Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen.

Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass die Ära der großen Projekte und bahnbrechenden Gesten zu Ende ist. Heute sollte man auf kleinere gemeinsame Initiativen setzen und Gefahren eindämmen. Auf dem Weg der deutsch-polnischen Zusammenarbeit gibt es keinen Platz für Fehler, nicht abgeschlossene Projekte und Misserfolge, kleinere Ambitionen sind überdies leichter zu verwirklichen. Wesentlich ist hier allerdings, die gemeinsamen kleineren Schritte und ihre Ergebnisse und Erfolge effektiv zu kommunizieren.

Was sich letztlich klar aus den Erhebungen des Deutsch-Polnischen Barometers ergibt, ist, dass bilaterale Kontakte die Resilienz gegenüber antideutscher Rhetorik in Polen erhöhen. Das ist ein sehr konkreter Hinweis darauf, wo und wie in jedem Bereich der Zusammenarbeit investiert werden sollte – von der Erhöhung der Mittel für den deutsch-polnischen Jugendaustausch über Unterstützung für Projekte der Zivilgesellschaft sowie in Kunst und Kultur bis hin zu Kontakten auf höchster Ebene.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Teile des Textes, hier leicht redaktionell bearbeitet, sind bereits veröffentlicht in:

Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada-Konefał: Gemeinsame Herausforderungen, unterschiedliche Sichtweisen. Deutsch-Polnisches Barometer 2025, Deutsches Polen-Institut/Instytut Spraw Publicznych, Darmstadt/Warszawa 2025. <https://www.deutsches-polen-institut.de/veroeffentlichungen/einzelveroeffentlichungen/gemeinsame-herausforderungen-unterschiedliche-sichtweisen-deutsch-polnisches-barometer-2025>

Über die Autorin

Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Politologin, ist stellvertretende Direktorin des Deutschen Polen-Instituts, Darmstadt, und Mitglied der deutsch-polnischen Kopernikus-Gruppe.

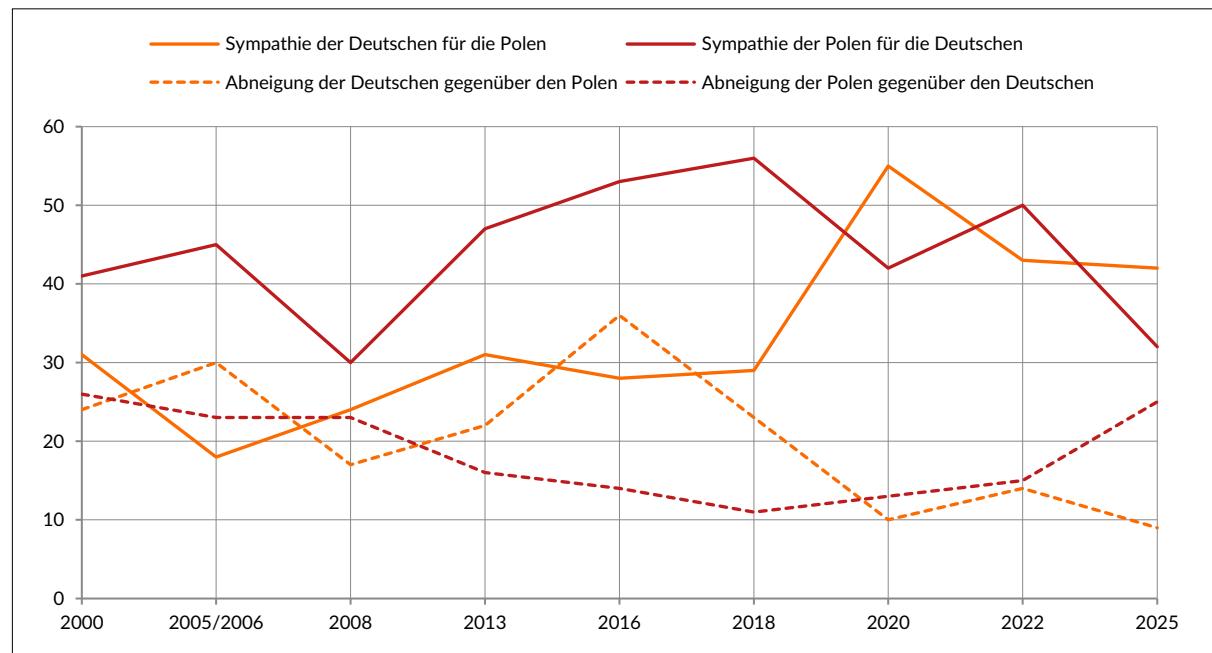
Lesetipps

- Jan Barcz, Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): Deutsche Entschädigungsleistungen für die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen in Polen. Die »pragmatische Formel« im Spiegel der Vereinbarungen im Jahr 1991 und 2000. Wrocław, Warszawa 2023. https://repozytorium.uni.wroc.pl/en/dlibra/publication/149884/edition/140427?search=bWV0YWRhdGFzZWFrY2g_YWN0aW9uPUFkdmFuY2VkJU2VhcmNoQWN0aW9uJnR5cGU9LTMmcD0wJnZhbDE9UmlnaHRzSG9sZGVyOiUyMkNvcHlyaWdodCtieStBdXRob3JzK2FuZCtEb20rV3lkYXduaWN6eStFTElQU0ElMjI (abgerufen am 09.01.2026).
- Justyna Arendarska, Agnieszka Łada-Konefał und Bastian Sendhardt: Nachbarschaft im Rahmen. Wie Deutsche und Polen einander medial betrachten. (»Polen in der Gegenwart« Band 1). Wiesbaden 2022. <https://www.deutsches-polen-institut.de/veroeffentlichungen/reihe-polen-in-der-gegenwart/justyna-arendarska-agnieszka-lada-konefał-und-bastian-sendhardt-nachbarschaft-im-rahmen> (abgerufen am 09.01.2026).
- Waldemar Czachur, Peter Oliver Loew, Agnieszka Łada: Das Dynamische (Un-)Gleichgewicht. Wie die Deutschen und Polen miteinander und übereinander kommunizieren. Deutsches Polen-Institut / Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Darmstadt, Warschau 2020. <https://www.deutsches-polen-institut.de/veroeffentlichungen/einzelveroeffentlichungen/das-dynamische-un-gleichgewicht> (abgerufen am 09.01.2026).

UMFRAGEN

Die Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen

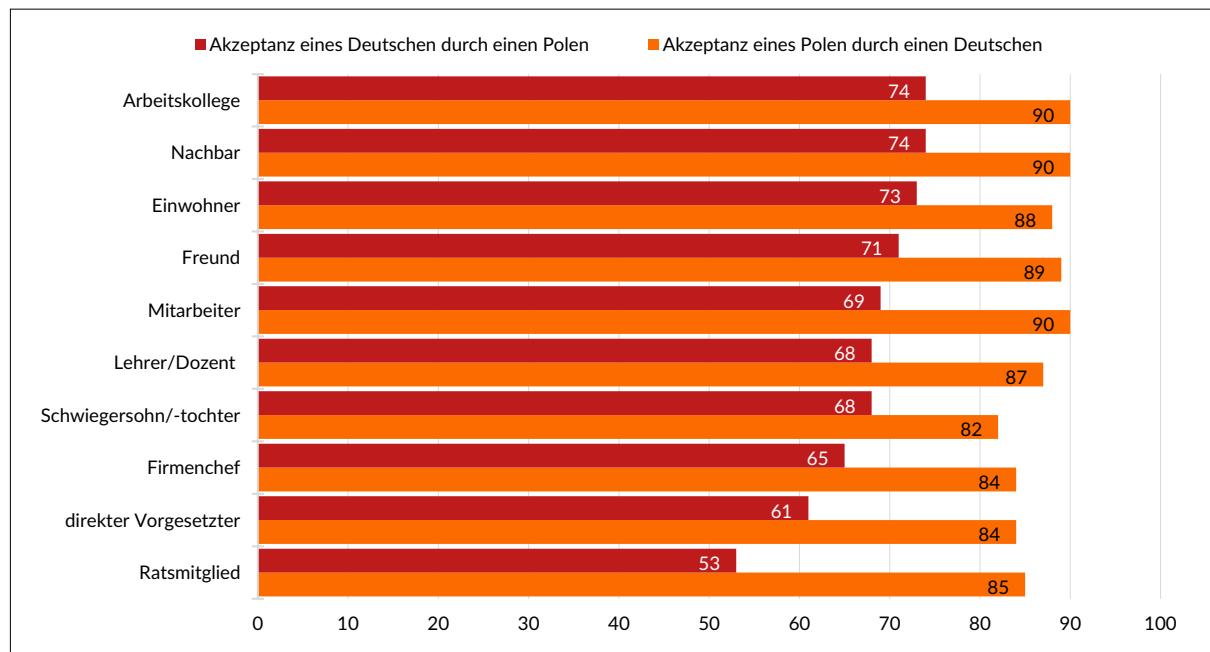
Grafik 1: Wie ist Ihr Verhältnis zu den Deutschen/Polen? (%)*



	2000	2005/ 2006	2008	2013	2016	2018	2020	2022	2025
Sympathie der Deutschen für die Polen	31	18	24	31	28	29	55	43	42
Sympathie der Polen für die Deutschen	41	45	30	47	53	56	42	50	32
Abneigung der Deutschen gegenüber den Polen	24	30	17	22	36	23	10	14	9
Abneigung der Polen gegenüber den Deutschen	26	23	23	16	14	11	13	15	25

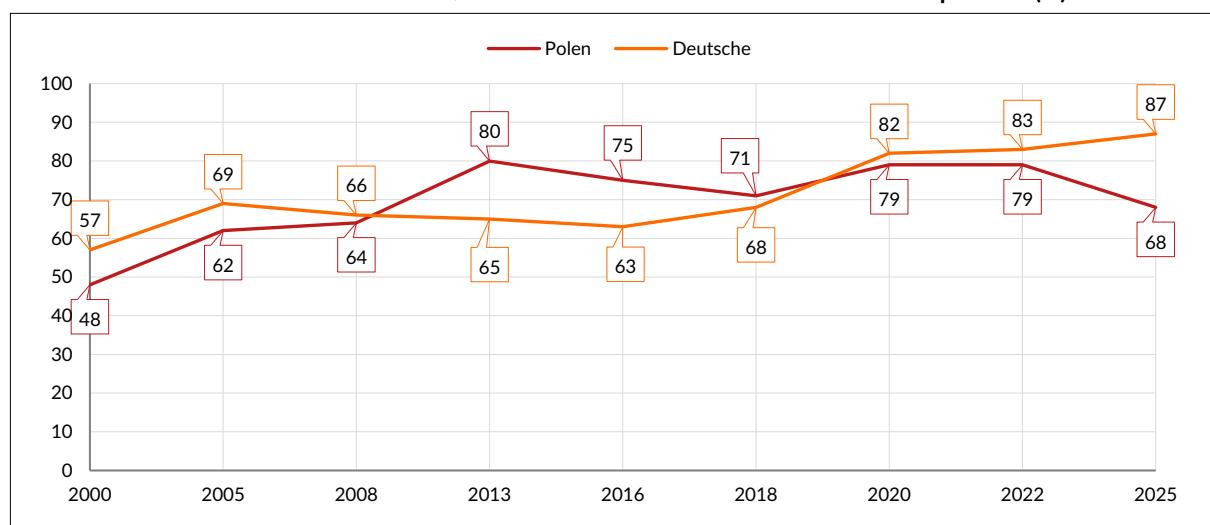
* Antworten von Polen und Deutschen in den Jahren 2000–2025. Die Befragten konnten ihre Antwort auf einer Skala von 1 bis 5 markieren, wobei 1 für »Ich empfinde Abneigung« steht und 5 für »Ich empfinde Sympathie«. Für die Grafik wurden die Werte 1 und 2 sowie 4 und 5 jeweils addiert.

Quelle: Deutsch-Polnisches-Barometer, Darmstadt/Warszawa 2025.

Grafik 2: Würden Sie einen Deutschen/Polen in den folgenden Rollen akzeptieren? (%)*

Positive Antworten von Deutschen und Polen im Jahr 2025.

Quelle: Deutsch-Polnisches-Barometer, Darmstadt/Warszawa 2025.

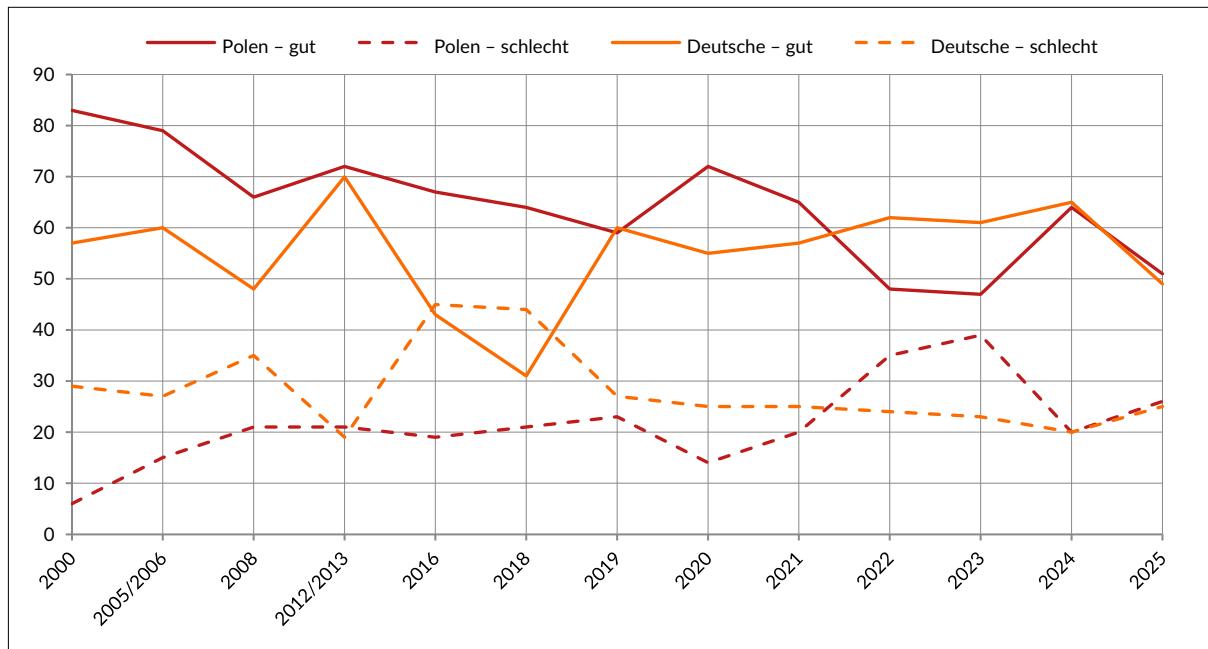
Grafik 3: Würden Sie einen Deutschen/Polen in verschiedenen sozialen Rollen akzeptieren? (%)*

* Durchschnittswerte der positiven Antworten von Deutschen und Polen in den Jahren 2000–2022.

Die Befragten bezogen sich in der Frage auf bestimmte soziale Rollen wie: Schwiegersohn/-tochter, Ratsmitglied, Firmenchef, direkter Vorgesetzter, Einwohner, Freund, Nachbar, Lehrer/Dozent, Mitarbeiter, Arbeitskollege.

Quelle: Deutsch-Polnisches-Barometer, Darmstadt/Warszawa 2025.

Grafik 4: Wie gestalten sich Ihrer Meinung nach die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen? (%)*

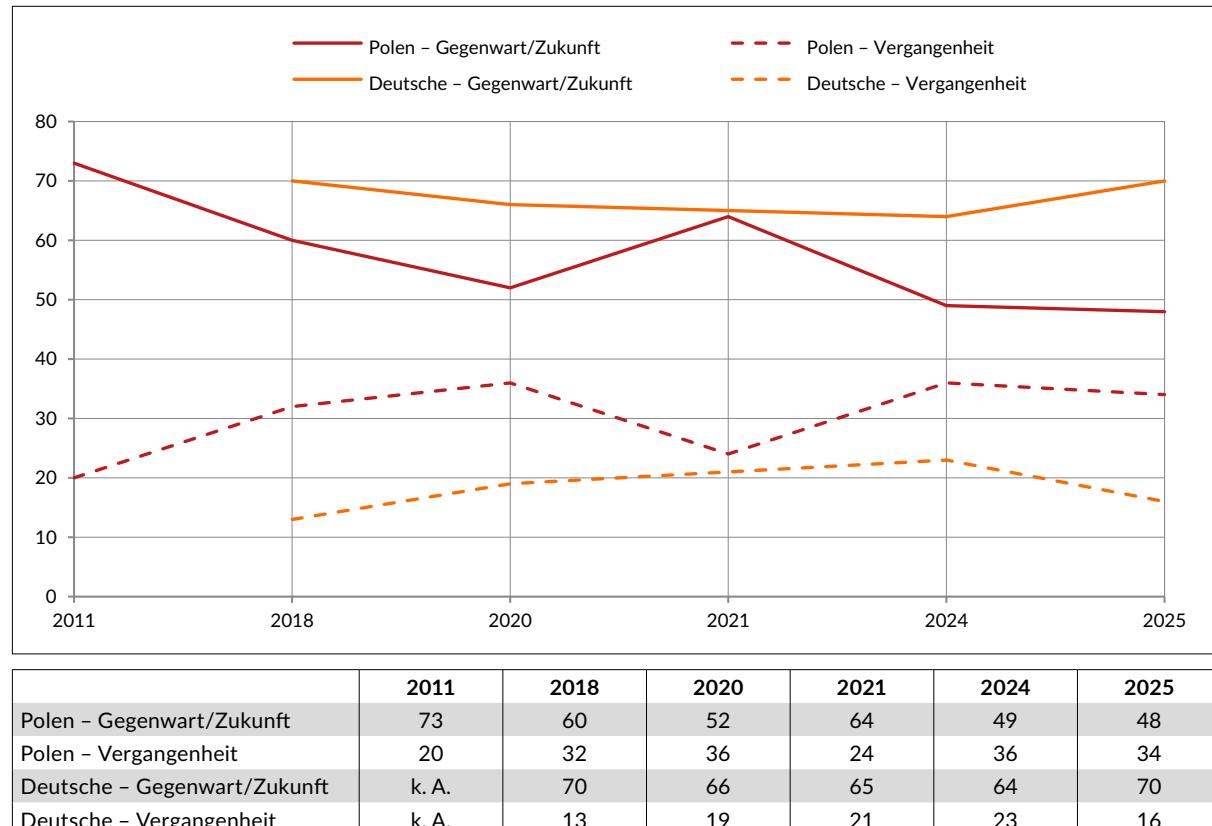


	2000	2005/ 2006	2008	2012/ 2013	2016	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Polen - gut	83	79	66	72	67	64	59	72	65	48	47	64	51
Polen - schlecht	6	15	21	21	19	21	23	14	20	35	39	20	26
Deutsche - gut	57	60	48	70	43	31	60	55	57	62	61	65	49
Deutsche - schlecht	29	27	35	19	45	44	27	25	25	24	23	20	25

* Antworten der Deutschen und der Polen in den Jahren 2000–2025

Quelle: Deutsch-Polnisches-Barometer, Darmstadt/Warszawa 2025.

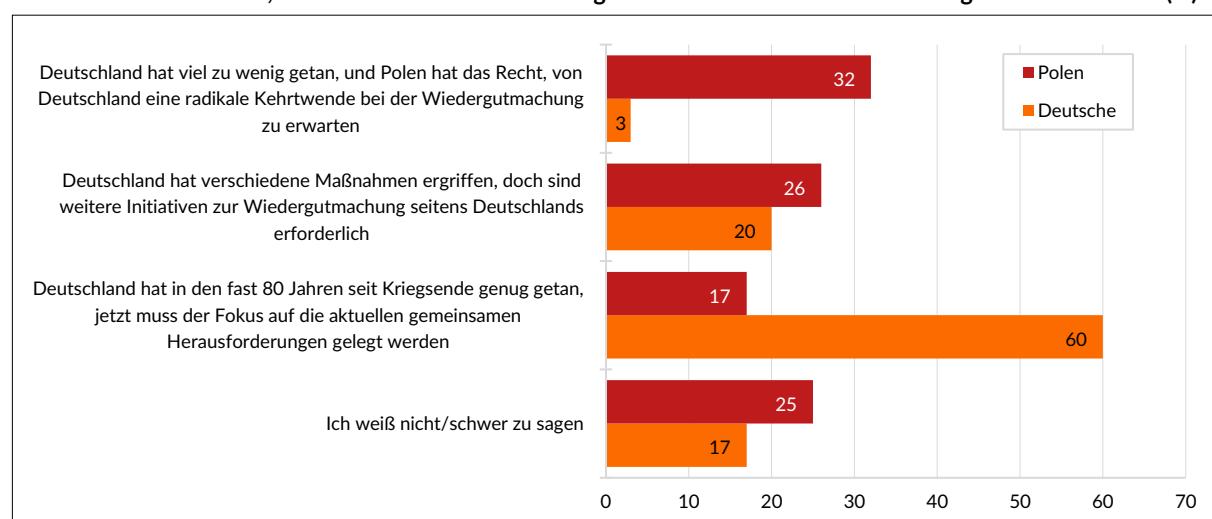
Grafik 5: Sollte man sich in den Beziehungen zum Nachbarland eher auf Gegenwart und Zukunft oder eher auf die Vergangenheit konzentrieren? (%)*



* Antworten der Deutschen und der Polen in den Jahren 2011, 2018, 2020, 2021, 2024 und 2025

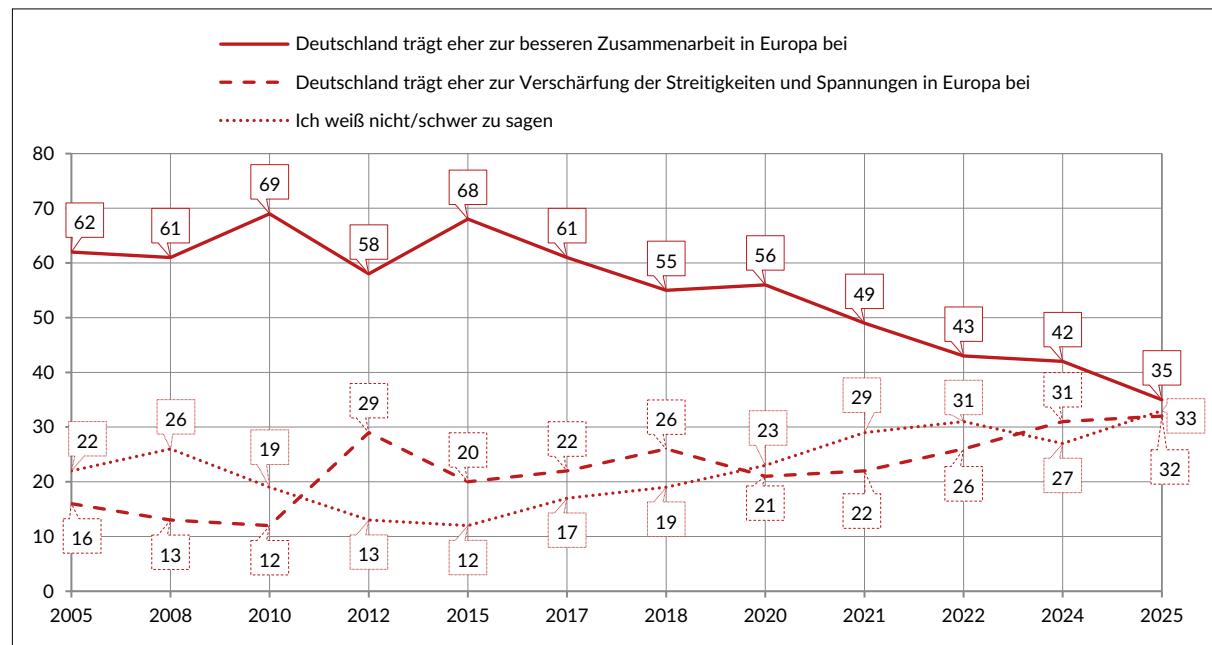
Quelle: Deutsch-Polnisches-Barometer, Darmstadt/Warszawa 2025.

Grafik 6: Wie beurteilen Sie die bisherigen Bemühungen Deutschlands um Wiedergutmachung für die Opfer und die Verluste, die Polen und seine Staatsbürger während des Zweiten Weltkrieges erlitten haben? (%)*



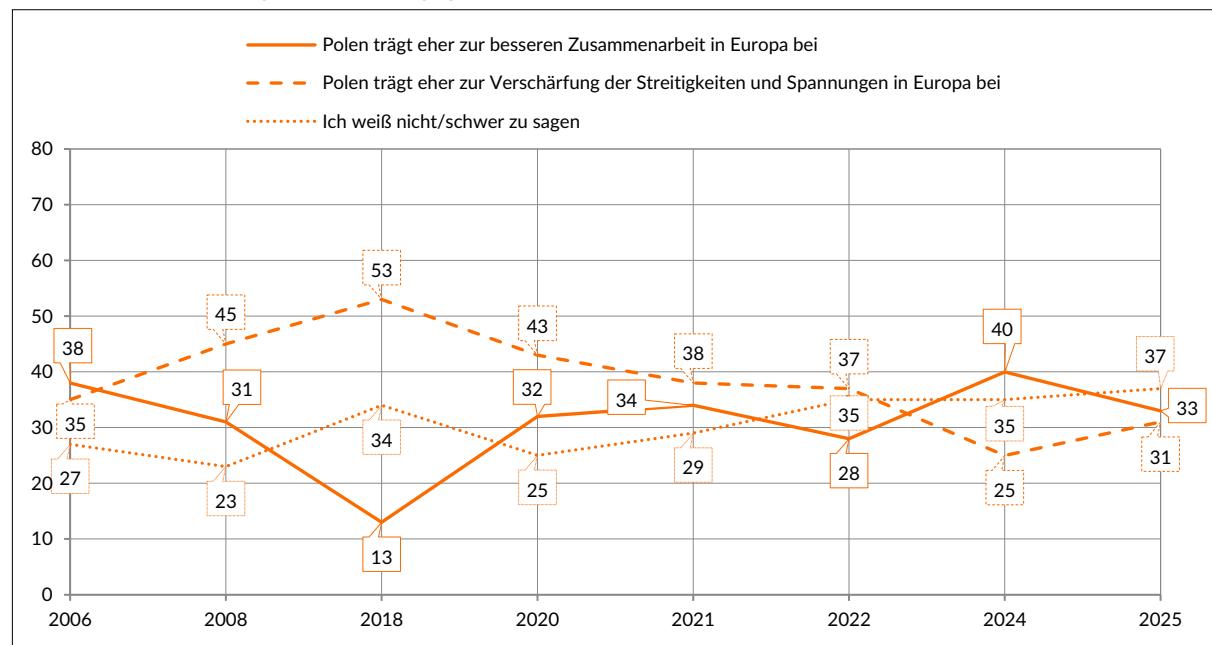
* Antworten der Polen und der Deutschen im Jahr 2025

Quelle: Deutsch-Polnisches-Barometer, Darmstadt/Warszawa 2025.

Grafik 7: Wie ist die deutsche Europapolitik zu bewerten? (%)*

* Antworten der Polen in den Jahren 2005–2025

Quelle: Deutsch-Polnisches-Barometer, Darmstadt/Warszawa 2025.

Grafik 8: Wie ist die polnische Europapolitik zu bewerten? (%)*

* Antworten der Deutschen in den Jahren 2005–2025

Quelle: Deutsch-Polnisches-Barometer, Darmstadt/Warszawa 2025.

CHRONIK

2. Dezember 2025 – 19. Januar 2026

02.12.2025	Auf dem NATO-Außenministertreffen in Brüssel plädiert Außenminister Radosław Sikorski dafür, die Reisefreiheit russischer Diplomaten in den NATO-Ländern einzuschränken, um Spionagetätigkeit vorzubeugen. Polen habe nach den letzten Sabotagefällen an kritischer Infrastruktur in Polen Mitte November die russischen Konsulate geschlossen.
03.12.2025	Auf dem NATO-Außenministertreffen in Brüssel geben die Außenminister Deutschlands, Norwegens und Polens bekannt, dass sie im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gemeinsam 500 Mio. US-Dollar (Polen: 100 Mio. US-Dollar) für das PURL-Programm (Prioritized Ukraine Requirements List) zur militärischen Unterstützung der Ukraine geben. Sikorski ruft die Partnerländer auf, sich anzuschließen.
03.12.2025	Präsident Karol Nawrocki nimmt in Esztergom (Ungarn) am Treffen der Präsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) teil. Auf einer Pressekonferenz sagt Nawrocki, er führe Gespräche mit seinen Partnern in der Visegrád-Gruppe über die Stärkung der Energieinfrastruktur in der Region. Polen könne Drehscheibe für Gaslieferungen aus den USA nach Ostmitteleuropa sein. Darüber habe er bereits mit US-Präsident Donald Trump gesprochen.
04.12.2025	Medienberichten zufolge hat die Europäische Kommission dem Antrag Polens auf vollständige Befreiung vom Solidaritätsmechanismus des EU-Asyl- und Migrationspaktes zugestimmt. Dies würde bedeuten, dass Polen nicht an der Relokation von Migranten teilnehmen, keine Solidaritätshilfe als Ausgleich zahlen und anderen EU-Mitgliedsstaaten keine operative Unterstützung leisten müsste. Die endgültige Entscheidung über die Befreiung trifft der Rat der Europäischen Union.
05.12.2025	Im Sejm wird der Haushaltsentwurf für 2026 verabschiedet. Er sieht Einnahmen in Höhe von 647,2 Mrd. Złoty (153 Mrd. Euro) und Ausgaben in Höhe von 918,9 Mrd. Złoty (217,2 Mrd. Euro) vor. Das Defizit beläuft sich auf 271,7 Mrd. Złoty (64,2 Mrd. Euro). Das Gesetz wird an den Senat weitergeleitet.
08.12.2025	Innenminister Marcin Kierwiński bestätigt, dass Polen vom Relokationsmechanismus und Solidaritätszahlungen im Rahmen des EU-Migrationspaktes befreit ist. Die Gründe seien die von Polen getragenen Kosten für die Sicherung der EU-Außengrenze mit Belarus sowie die Kosten, welche die Unterstützung für ukrainische Kriegsflüchtlinge verursacht. Kierwiński ruft die Europäische Union auf, sich mehr auf die Verstärkung ihrer Außengrenzen zu konzentrieren. Polen habe fast 30.000 nicht rechtmäßige Versuche, die Grenze zur EU zu überqueren, verhindert und erwarte Unterstützung von allen EU-Mitgliedsländern.
09.12.2025	Marcin Przydacz, Leiter des Büros für Internationale Politik beim Präsidenten, und Emory Cox, Beauftragter des US-Präsidenten für die Vorbereitung des G20-Gipfels im Dezember 2026 in Florida, thematisieren in einer Videokonferenz die Vorbereitungen des Gipfels. Przydacz unterstreicht, dass die Teilnahme Polens sowohl für das Land als auch die Region des »Drei-Meere-Initiativen« eine Chance sei, stärker in globalen Wirtschaftsdebatten gehör zu werden. Polen hat bisher nicht dem Bündnis der G20 angehört.
10.12.2025	Paweł Zalewski, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, trifft sich in Marienburg (Malbork, Woiwodschaft Pommern/województwo pomorskie) mit seinem deutschen Amtskollegen Nils Schmid, der dort die von der Bundeswehr zum Enhanced Air Policing North der NATO entsandten Soldaten besucht. Thematisiert werden Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei der Verstärkung der polnisch-belarussischen Grenze (NATO-Ostgrenze).
11.12.2025	Innenminister Marcin Kierwiński und sein ukrainischer Amtskollege Ihor Klymenko unterzeichnen in Lviv einen Vertrag über die Schaffung eines rechtlichen Rahmens zur Vorbeugung, Entdeckung und Bekämpfung von Straftaten, inbegriffen Sabotageakte. Mit ihm werde u. a. ein besser Informationsaustausch zwischen den Behörden beider Länder ermöglicht. Der Vertrag löst den seit 1999 bestehenden Vorgängervertrag ab.
12.12.2025	Ignacy Niemczycki, Staatssekretär im Außenministerium, nimmt am informellen Treffen des Rates Allgemeine Angelegenheiten (engl. GAC) in Lviv teil, zu dem die dänische EU-Ratspräsidentschaft eingeladen hat. Das Treffen widmet sich dem EU-Beitritt der Ukraine. Niemczycki sagt, Polen unterstütze den schnellstmöglichen Beginn der Beitrittsverhandlungen, und ruft die Ukraine auf, die Korruption im Land entschieden zu bekämpfen. Weiter teilt er mit, dass Polen der EU-Initiative Ukraine2EU beigetreten ist und dafür eine Million Euro bereit gestellt hat. Damit erhöht sich das Budget des Programms auf inzwischen 17,7 Mio. Euro.
14.12.2025	Auf dem Landesparteitag von Die Neue Linke (Nowa Lewica) wird Ko-Parteichef Włodzimierz Czarzasty zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Czarzasty hat zurzeit das Amt des Sejmmarschall inne. Generalsekretär wird Wissenschaftsminister Marcin Kulasek. Außerdem werden zehn Vizevorsitzende der Partei gewählt.

15.12.2025	Ministerpräsident Donald Tusk nimmt in Berlin am Ukraine-Gipfel teil, zu dem Bundeskanzler Friedrich Merz eingeladen hat. Anwesend sind weitere Regierungschefs der EU, NATO-Generalsekretär Mark Rutte, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sowie die US-Unterhändler Steve Witkoff und Jared Kushner. Es geht um Verhandlungen über ein Ende des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und mögliche Sicherheitsgarantien Europas und der USA. Von dem Treffen sei ein starkes Zeichen der Einheit des Westens und der Ukraine gegenüber Russland ausgegangen, hebt Tusk im Anschluss hervor. Mit Blick auf den Vorschlag, nach Beendigung des russischen Angriffskrieges multinationale Truppen als Sicherheitsgarantie in die Ukraine zu entsenden, sagt Tusk, Polen werde keine Soldaten stellen. Polen müsse die NATO-Ostgrenze sichern und fungiere außerdem als logistischer Knotenpunkt zwischen den westlichen Ländern und der Ukraine.
16.12.2025	Die Agentur für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrzne – ABW) gibt bekannt, dass am 30. November ein Student der Katholischen Universität Lublin (Katolicki Uniwersytet Lubelski – KUL) festgenommen wurde. Mateusz W. wird verdächtigt, einen Anschlag, möglicherweise auf einen Weihnachtsmarkt, geplant zu haben. Er soll aus einer katholisch geprägten Familie kommen und sich für den sog. Islamischen Staat interessiert haben.
16.12.2025	Die Luftwaffe der Bundeswehr beendet offiziell ihren Einsatz in Rzeszów (Ostpolen) zum Schutz des polnischen Luftraumes, des logistischen Knotenpunktes sowie der Zivilbevölkerung im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. An dem Einsatz, der im Januar 2025 begann, waren ca. 200 Bundeswehrsoldaten beteiligt. Als nächstes übernehmen die Streitkräfte der Niederlande die Schutzaufgaben.
17.12.2025	In einem Interview des Senders Radio Zet sagt Przemysław Czarnek, Vizevorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), mit Blick auf Ministerpräsident Donald Tusk, falls Russland Polen angreifen sollte, dürfe man keine Regierung mit jemandem eingehen, der deutsch-russische Interessen vertrete. Tusk stehe eindeutig auf Seiten Deutschlands und Deutschland stehe für russische Interessen. Anlass war die Aussage des ehemaligen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki (PiS), er könne sich eine Regierung der nationalen Einheit mit Beteiligung von Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) vorstellen, sollte Russland Polen attackieren.
18.12.2025	Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in Luxemburg stellt fest, dass das polnische Verfassungsgericht (Trybunał Konstytucyjny – TK) gegen EU-Recht verstoßen hat, als es in zwei behandelten Fällen der polnischen Verfassung Vorrang vor EU-Recht eingeräumt hatte, woraufhin die Europäische Kommission Klage beim EuGH eingereicht hat. Der EuGH stellt die Rechtmäßigkeit des TK in Frage. Er verweist auf Fehler bei der Benennung von Richtern und der Präsidentin des TK. Das TK sei kein unabhängiges und unparteiisches Gericht.
18.12.2025	Präsident Karol Nawrocki lässt den historischen Runden Tisch, an dem 1989 die Verhandlungen zwischen Vertretern der kommunistischen Regierung der Volksrepublik Polen und der demokratischen Oppositionsbewegung geführt wurden, aus dem Präsidentenpalast abtransportieren. Er soll künftig im Museum der Geschichte Polens (Muzeum Historii Polski) ausgestellt werden. In einem Medienstatement, bei dem im Hintergrund die Demontage zu sehen ist, erklärt Nawrocki, dass dies das Ende des Postkommunismus in Polen sei und dass seine Generation keine Kompromisse mit Diktatoren, Kommunisten oder Postkommunisten eingehen müsse. Der Abtransport des Möbelstücks aus dem Präsidentenpalast sei der endgültige Bruch mit dem Erbe der Volksrepublik im polnischen Machtzentrum.
19.12.2025	Ministerpräsident Donald Tusk empfängt den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Das gemeinsame Ziel sei die Unabhängigkeit beider Staaten und die Sicherheit Europas, sagt Tusk vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Trotz schwieriger Themen in der polnisch-ukrainischen Geschichte müssen die bilateralen Beziehungen respektvoll und freundschaftlich geführt werden, appelliert Tusk. Selenskyj stellt heraus, dass gute Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine nicht im Interesse Russlands liegen. Sein Besuch in Polen, flankiert von Außenminister Andrij Sybiha, demonstriere das Bündnis zwischen Polen und der Ukraine.
22.12.2025	Innenminister Marcin Kierwiński teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass im Rahmen des Programms »Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2025–26« 17 Millionen Informationsbroschüren gedruckt wurden, die an die Haushalte verteilt werden. Die Verteilung beginnt in den östlichen polnischen Woiwodschaften.
23.12.2025	Ministerpräsident Donald Tusk und Innenminister Marcin Kierwiński treffen sich mit Grenzschützern und Soldaten, die an der polnisch-belarussischen Grenze stationiert sind. Tusk dankt den Einsatzkräften für ihren Dienst und kündigt für weitere Investitionen in die Grenzbefestigung 2,5 Mrd. Zloty (ca. 0,6 Mrd. Euro) an.

30.12.2025	Infolge der schwierigen Wetterverhältnisse mit Schneesturm beruft Innenminister Marcin Kierwiński eine Krisensitzung mit den Woiwoden und dem Sicherheitszentrum der Regierung ein. Besonders betroffen sind Zentral- und Ostpolen. Auch die Stromversorgung könnte beeinträchtigt werden, warnt Kierwiński. Die Wetterlage soll noch einige Tage anhalten.
31.12.2025	Präsident Karol Nawrocki hebt in seiner Neujahrsansprache die Einladung Polens in den Kreis der G20-Staaten hervor. Das hohe Entwicklungsniveau Polens dürfe jedoch nicht nur bestimmten Bevölkerungsgruppen zugute kommen, sondern allen Bürgern in alltäglichen Belangen. Wirtschaftliche Entwicklung ermögliche die Modernisierung der Streitkräfte zur Abschreckung sowie Verteidigung des polnischen Staatsgebietes, was Grundlagen eines würdigen und sicheren Lebens der Bürger seien. Polen sei stark in der NATO, müsse sich aber vor allem auf sich selbst verlassen.
01.01.2026	In seiner Neujahrsansprache kündigt Ministerpräsident Donald Tusk ein Jahr der Beschleunigung in Polen an, unabhängig von der internationalen politischen Lage. Dies betreffe den Aufbau der polnischen Streitkräfte zur stärksten Armee in Europa, Investitionen in die Infrastruktur und die Repolonisierung und Stärkung der Industrie, insbesondere im Rüstungsbereich. Für öffentliche Ausschreibungen gelte der Grundsatz, dass polnische Unternehmen bevorzugt würden.
02.01.2026	Nach dem Brand in einer Bar während einer Silvesterfeier in Crans-Montana (Schweiz) bietet Ministerpräsident Donald Tusk die Hilfe Polens bei der Behandlung der Verletzten an. Bei dem Unglück kamen 40 Menschen zu Tode, 115 Personen wurden zum Teil schwer verletzt.
05.01.2026	Nach Angaben des Innenministeriums waren Ende 2025 102.000 Beschäftigte bei der Polizei angestellt. 2023 seien es 96.000 Beschäftigte gewesen. Der Zuwachs sei u. a. auf neue Regelungen beim Wohngeld und Erhöhungen der Bezüge von insgesamt 25 Prozent zurückzuführen.
06.01.2026	Ministerpräsident Donald Tusk bezieht sich auf Äußerungen von US-Präsident Donald Trump, die USA hätten Anspruch auf Grönland, um die nationale Sicherheit der USA zu gewährleisten. Kein NATO-Mitgliedstaat sollte einen anderen Bündnispartner angreifen oder ihm drohen, sagt Tusk. Andernfalls hätte das Bündnis keinen Sinn mehr. Konflikte unter den Partnern sollten im Dialog gelöst werden. Polen sollte eines der Länder sein, das sich langfristig für die strategische Verbindung zwischen Europa und den USA einsetzt.
07.01.2026	In Paris treffen sich die Außenminister des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen), Johann Wadephul, Jean-Noël Barrot und Radosław Sikorski, mit dem Außenminister Indiens, Subrahmanyam Jaishankar. Eines der Themen ist die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Indien auf die Bereiche Sicherheit und Verteidigung.
08.01.2026	Sławomir Izdebski, Vorsitzender der Bauerngewerkschaft OPZZ Rolników, kündigt für den nächsten Tag Proteste der Bauern in Warschau an. Am selben Tag wird in Brüssel der Europäische Rat über die Annahme eines umfassenden Partnerschafts- und Handelsabkommens mit den Mercosurstaaten entscheiden. Die polnischen Bauern befürchten Wettbewerbsnachteile durch das Abkommen; ihr Protest richtet sich aber auch gegen die Landwirtschaftspolitik der polnischen Regierung.
09.01.2026	Nach einem Treffen mit Präsident Karol Nawrocki teilt Ministerpräsident Donald Tusk mit, dass beide darin übereinstimmen, eventuelle Sicherheitsgarantien Polens für die Ukraine im Sejm abstimmen und vom Präsidenten unterzeichnen zu lassen. Hier gehe es auch um die Sicherheit Polens, weshalb ein breiter nationaler Konsens herbeigeführt werden müsse. Zurzeit ist international ein von den USA eingebrachter 20-Punkte-Plan im Gespräch, der zu einem Ende des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führen soll.
09.01.2026	Der Sejm verabschiedet den Haushalt für 2026. Geplant wird mit Ausgaben in Höhe von 918,9 Mrd. Zloty (217,7 Mrd. Euro) und Einnahmen von 647,2 Mrd. Zloty (153,3 Mrd. Euro). Das Defizit betrüge 271,7 Mrd. Zloty (64,4 Mrd. Euro). Die Einnahmen sollen v. a. aus Steuermitteln, insbesondere der Mehrwertsteuer, kommen.
09.01.2026	Unterstaatssekretärin im Außenministerium Henryka Mościcka-Dendys empfängt Knut Abraham, Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zwischenstaatliche und grenznahe Zusammenarbeit. Themen des Treffens sind Vorhaben für 2026, in Anknüpfung an die bilateralen Regierungskonsultationen im Dezember letzten Jahres in Berlin. Mościcka-Dendys erinnert an den Bundestagsbeschluss zur Errichtung eines Denkmals für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges in Berlin und unterstreicht die Bedeutung historischer Bildung, die sich insbesondere an die junge Generation der Deutschen richten sollte. Im Kreis verschiedener Ressorts werden Themen aus den Bereichen Sicherheit, Transportinfrastruktur, technologische Entwicklung besprochen.
10.01.2026	Die Partei Polen 2050 (Polska 2050) wählt in einer online-Abstimmung ihren neuen Vorsitzenden. Es haben sich fünf Kandidaten zur Wahl gestellt. Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz, Ministerin für Fonds und Regionalpolitik, und Paulina Hennig-Kłoska, Ministerin für Klima und Umwelt, gehen in die Stichwahl, die kommende Woche stattfinden soll.

12.01.2026	Derehemalige Justizminister Zbigniew Ziobro erhält Asyl in Ungarn. Dies teilt sein Verteidiger Bartosz Lewandowski auf der Nachrichtenplattform X mit. Der Sejm hat Ziobro im November die Abgeordnetenimmunität entzogen und einer Verhaftung und vorläufigen Inhaftierung zugestimmt. Ziobro wird u. a. vorgeworfen, in seiner Amtszeit als Justizminister Gelder des Gerechtigkeitsfonds in Millionenhöhe veruntreut zu haben.
13.01.2026	Nach aktuellen Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) waren am 31. Juli 2025 1,01 Millionen Ausländer in Polen berufstätig. Das sind 6,2 Prozent mehr als am Stichtag 2024. 741.000 Arbeitnehmer waren ukrainische Staatsbürger (67 Prozent).
14.01.2026	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz trifft sich in Allenstein (Olsztyn, Woiwodschaft Ermland-Masuren/województwo warmińsko-mazurskie) mit dem Woiwoden Radosław Król, Vertretern der kommunalen Behörden sowie der dort stationierten polnischen Streitkräfte. Themen der Gespräche sind die aktuelle Sicherheitslage in der Grenzregion, die Rolle der lokalen Verwaltung beim Aufbau einer resilienteren Zivilgesellschaft und die Koordination der Tätigkeiten von Regierung, kommunalen Behörden und Armee.
15.01.2026	Ministerpräsident Donald Tusk bestätigt auf einer Pressekonferenz, dass es Ende Dezember 2025 zu Cyberangriffen auf die Energieinfrastruktur in Polen gekommen ist, die Windparks und zwei Heizkraftwerke betrafen. Es sei zu keinen Schäden gekommen. Vermutlich habe es sich um russische Sabotageakte gehandelt.
16.01.2026	Nach aktuellen Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) zum Außenhandel zwischen Januar und November 2025 betrug der Warenwert des Exports 336,2 Mrd. Euro und des Imports 341,7 Mrd. Euro. Im Vergleich zum selben Zeitraum im Jahr 2024 ist das ein Zuwachs von 1,1 Prozent im Export sowie von 3,4 Prozent im Import.
17.01.2026	Um Mitternacht endet die Frist für Vorschläge von Kandidaten für die Wahl des Parteichefs der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO). Für die Anfang März stattfindende Wahl kandidiert nur der aktuelle Vorsitzende und Ministerpräsident Donald Tusk.
19.01.2026	Medienberichten zufolge soll US-Präsident Donald Trump Präsident Karol Nawrocki zu einem »Friedensrat« für Gaza eingeladen haben. Marcin Przydacz, Leiter des Internationalen Büros beim Präsidenten, kündigt Gespräche darüber mit der amerikanischen Seite in der nächsten Zeit an. Der Rat, dem Trump vorstehe, soll die Umsetzung von Trumps Friedensplan für den Gazastreifen beaufsichtigen, evtl. soll sich der Rat auch mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Lage in Venezuela befassen. Eine Einladung hat u. a. auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán erhalten.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polien

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polien-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf
bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polien-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittleraktivität des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Osteuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)

Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2026 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
 Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polien



Zentrum für Ost- und Südosteuropa
Centre for East European and International Studies



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenfreien Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polnen-institut.de/newsletter/polien-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>